

Stand: 30.04.2026 15:49:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3883

"Wärmepakt 2040: Investitionen der Kommunen bei der Wärmewende wirkungsvoll unterstützen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3883 vom 06.11.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5821 des WI vom 20.02.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 46 vom 27.03.2025
4. Beschluss des Plenums 19/6133 vom 01.04.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 47 vom 01.04.2025



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Wärmepakt 2040: Investitionen der Kommunen bei der Wärmewende wirkungsvoll unterstützen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Kommunen den Zugang zu Kommunalkrediten für Investitionen in die Wärmeinfrastruktur zu erleichtern.

Insbesondere sollen künftig Kreditaufnahmen für leitungsgebundene Maßnahmen, insbesondere Wärmenetze und die dazugehörigen Anlagen zur Erreichung der Klimaneutralität 2040, von der Berechnung für die dauerhafte Leistungsfähigkeit ausgenommen werden.

#### **Begründung:**

Zur Erreichung einer klimaneutralen Wärmeversorgung kommt den Kommunen eine Schlüsselrolle zu. Bayern hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2040 klimaneutral zu werden. Gemeinsam mit dem Verkehrssektor stellt der Wärmesektor den größten zu bewegenden Hebel innerhalb der Energiewende dar. Die vorgelegten Maßnahmen der bayerischen Wärmestrategie reichen bei Weitem nicht aus, um in 15 Jahren Klimaneutralität in diesem Sektor zu erreichen. Der aktuelle Handlungsspielraum der Kommunen bei der Finanzierung von Maßnahmen zum kommunalen Klimaschutz ist sehr begrenzt und muss erweitert werden.

In einer Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 10. März 2010 wird in Aussicht gestellt, dass „rentierlichen“ Investitionen nicht auf die dauerhafte Leistungsfähigkeit angerechnet werden können. Im Detail heißt es in der Bekanntmachung: „Bei Investitionen, die durch zukünftige Einsparungen/Einnahmen die dauernde Leistungsfähigkeit langfristig verbessern, aber zunächst allgemeine Haushaltsmittel beanspruchen, ist dagegen im Einzelfall zu prüfen, ob und in welcher Höhe eine Kreditaufnahme mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Kommunen in Einklang steht und gemäß Art. 71 Abs. 2 GO, Art. 65 Abs. 2 LKrO, Art. 63 Abs. 2 BezO genehmigt werden kann. Das erscheint vor allem deshalb sachgerecht und notwendig, weil die Wirtschaftlichkeit/Rentierlichkeit nicht in kostenrechnenden Einrichtungen vergleichbarer Weise sichergestellt, sondern nur durch Wirtschaftlichkeitsberechnungen oder Businesspläne belegt ist. Diese können sich aber als unzutreffend erweisen mit der Folge, dass die Kommunen ggf. z. T. erhebliche (Einnahme-)Ausfälle auffangen oder zumindest überbrücken müssen.“

Die Investitionen im Wärmebereich übersteigen selbst bei kleinen Kommunen schnell die Millionengrenze. Ohne eine grundsätzlich positivere Prüfung der dauerhaften Leistungsfähigkeit mit der Nicht-Anrechnung rentierlichen Schulden, sind die notwendigen

Investitionen in den kommunalen Klimaschutz und speziell die Wärmewende nicht sicherzustellen. Die Staatsregierung soll deshalb den notwendigen Handlungsspielraum den Kommunen gewähren.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Quelle: [https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVV\\_2023\\_I\\_2179-15](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVV_2023_I_2179-15)

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung**

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Drs. 19/3883

**Wärmepakt 2040: Investitionen der Kommunen bei der Wärmewende wirkungsvoll unterstützen**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Stümpfig**  
Mitberichterstatter: **Josef Lausch**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 20. Februar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
  - CSU: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

**Stephanie Schuhknecht**  
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

### **Abstimmung**

**über eine Europaangelegenheit, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der einzelnen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 3 kommen, bitte ich darum, an die Stimmkartentaschen zu denken, weil bei den Tagesordnungspunkten 4 und 5 wieder Wahlen durchgeführt werden.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit, Verfassungstreitigkeiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Europaangelegenheit**

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Öffentliches Gesundheitswesen  
 EU-Vorschriften über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika – gezielte Bewertung  
 12.12.2024 - 21.03.2025  
 Drs. 19/4685, 19/5948

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/5948 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Verfassungsstreitigkeiten**

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. Februar 2025 (VF. 4-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. des Art. 6 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch die §§ 12 und 13 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 605) und durch § 4 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 619) geändert worden ist,
  2. des Art. 1 Abs. 1 Satz 4 des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes (BayImSchG) vom 10. Dezember 2019 (GVBl. S. 686, BayRS 2129-1-1-U), das zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 619) geändert worden ist
- PII-3001-2-19  
Drs. 19/5877 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. Februar 2025 (Vf. 2-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans Nr. 98 „Dorfstraße“ der Gemeinde Taufkirchen
- PII-3001-2-20  
Drs. 19/5876 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. Februar 2025 (Vf. 6-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 4 Abs. 1 Nr. 2 des Heilberufe-Kammergesetzes (HKaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 2002 (GVBl. S. 42, BayRS 2122-3-G), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 632) geändert worden ist PII-3001-2-22 Drs. 19/5878 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. Februar 2025 (Vf. 3-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der §§ 1 und 2 des Gesetzes zur Förderung der Bundeswehr in Bayern vom 23. Juli 2024 (GVBl. S. 257) PII-3001-2-23 Drs. 19/5880 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Anträge**

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wärmepakt 2040: Wirtschaftsbooster energetische Sanierung  
Drs. 19/3878, 19/5193 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wärmepakt 2040: Förderung der Solarthermie  
Drs. 19/3879, 19/5194 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wärmepakt 2040: Das Geld ist da – es muss nur aktiviert werden  
Drs. 19/3880, 19/5195 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wärmepakt 2040: Gemeinsam zum Ziel.  
Alle Expertinnen und Experten an einen Tisch holen.  
Drs. 19/3881, 19/5817 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wärmepakt 2040: Komfort und Sicherheit durch Wärmenetze  
Drs. 19/3882, 19/5819 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wärmepakt 2040: Investitionen der Kommunen  
bei der Wärmewende wirkungsvoll unterstützen  
Drs. 19/3883, 19/5821 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Böhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wärmepakt 2040: Rechtssicherheit für alle  
bayerischen Kommunen herstellen.  
Drs. 19/3884, 19/5822 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wärmepakt 2040: Sanierungssprint für Ein- und Zweifamilienhäuser  
Drs. 19/3885, 19/5823 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

14. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD  
Konzept und Sonderförderprogramm für Trinkwasserbrunnen an Schulen erstellen  
Drs. 19/4420, 19/5776 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU  
Nachwuchsgewinnung für Bayern: Kooperationen mit Schulen  
Drs. 19/4566, 19/5775 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Sabine Gross u.a. SPD  
Bayerns Geothermie-Potenzial endlich heben – Fündigkeitsrisiken absichern  
Drs. 19/4575, 19/5824 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD  
Bayern kann es schaffen: An Klimaziel 2040 festhalten!  
Drs. 19/4677, 19/5802 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD  
Förderlehrkräftenachwuchs sichern!  
Drs. 19/4690, 19/5777 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

19. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Umsetzung der EU-Richtlinie über die Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten: Die Grundrechte der Bürger wahren, kein EU-Vermögensregister einführen!  
Drs. 19/4705, 19/5881 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

20. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)  
Bedrohung bayerischer Schwanzlurcharten durch den pathogenen Pilz Batrachochytrium salamandrivorans  
Drs. 19/4714, 19/5801 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Damit Demokratie leben kann – Sofortiger Förderstopp  
des Bundesprogramms „Demokratie leben!“  
Drs. 19/4728, 19/5816 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Plattform statt Bürokratie: Aufbau eines digitalen Marktplatzes  
zur Vernetzung von Startchancen-Schulen mit Partnerinnen  
und Partnern sowie Expertinnen und Experten  
Drs. 19/4744, 19/5778 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,  
Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ökostrom für Regionalzüge in Bayern  
Drs. 19/4752, 19/5782 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,  
Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kooperation von Landwirtschaft, Landschaftspflege  
und Naturschutz nicht aufs Spiel setzen  
Drs. 19/4803, 19/5800 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Grießhammer, Nicole Bäuml, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Bildung im Wandel: Anhörung zur digitalen Transformation im Bildungswesen  
Drs. 19/4804, 19/5779 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Ramona Storm, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)  
IT-Fachkräfteversorgung an Bayerns Schulen sicherstellen  
Drs. 19/4823, 19/5780 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD  
Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz ändern –  
Digitale Endgeräte, Programme und Hilfsmittel  
in die Lernmittelfreiheit aufnehmen  
Drs. 19/4824, 19/5781 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib,  
Ruth Müller u.a. SPD  
Finanzielle Situation der bayerischen Landschaftspflegeverbände  
Drs. 19/4974, 19/5122

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

Der Antrag wird für erledigt erklärt.



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/3883, 19/5821

**Wärmepakt 2040: Investitionen der Kommunen bei der Wärmewende wirkungsvoll unterstützen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Ludwig Hartmann**

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Marina Jakob

Abg. Martin Mittag

Abg. Florian Köhler

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Josef Lausch

Abg. Florian von Brunn

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun die Tagesordnungspunkte 8 bis 15 auf:

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Wärmepakt 2040: Wirtschaftsbooster energetische Sanierung (Drs. 19/3878)**

und

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Wärmepakt 2040: Förderung der Solarthermie (Drs. 19/3879)**

und

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Wärmepakt 2040: Das Geld ist da - es muss nur aktiviert werden (Drs. 19/3880)**

und

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Wärmepakt 2040: Gemeinsam zum Ziel. Alle Expertinnen und Experten an einen Tisch holen. (Drs. 19/3881)**

und

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Wärmepakt 2040: Komfort und Sicherheit durch Wärmenetze (Drs. 19/3882)**

und

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Wärmepakt 2040: Investitionen der Kommunen bei der Wärmewende wirkungsvoll unterstützen (Drs. 19/3883)**

und

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Böhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Wärmepakt 2040: Rechtssicherheit für alle bayerischen Kommunen herstellen. (Drs. 19/3884)**

und

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Wärmepakt 2040: Sanierungssprint für Ein- und Zweifamilienhäuser (Drs. 19/3885)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Erster Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Erinnern wir uns an den Winter vor zwei Jahren, als Gas plötzlich knapp wurde und die Preise explodierten. Viele Familien in ganz Bayern bangten, ob sie ihre Wohnung warmhalten können. Die Angst vor einer kalten Wohnung trifft ins Mark unseres Sicherheitsgefühls. Ein warmes Zuhause bedeutet Geborgenheit und Sicherheit, und in einem wohlhabenden Land wie Bayern muss diese Geborgenheit für alle Menschen garantiert sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Wärmewende wird aber oft als Bürde dargestellt, gerade von der CSU und den FREIEN WÄHLERN. In Wahrheit ist sie ein Segen für uns alle. Sie bedeutet Wohlstand, Sicherheit, Geborgenheit für uns alle, für die einzelnen Menschen, vom Klein-

kind bis zum Greis. Alle gewinnen, wenn wir unsere Wärmeversorgung modernisieren. Warum? – Es gewinnen alle, weil die erneuerbaren Energien langfristig günstig sind und wir aus dreckigem Öl und Gas aussteigen können.

Lassen Sie mich ein konkretes Beispiel nennen: In der kleinen Gemeinde Unsleben in Unterfranken funktioniert die Wärmewende. Fast alle im Dorf sind an die Biogasanlage angeschlossen. Das Gewächshaus wird geheizt. Hier ist man unabhängig von Öl und Gas. Hier können Putin und Co. machen, was sie wollen: Die Menschen dort sind sicher. Das nenne ich Wohlstand durch lokale, saubere Energie. So etwas brauchen wir noch viel öfter hier in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch was macht die Staatsregierung? – Statt die Wärmewende entschlossen anzupacken, üben sich Söder und Aiwanger in Showkämpfen mit Berlin. Sicherheit und Geborgenheit entstehen nicht durch politische Scheingefechte, Herr Aiwanger, sondern durch verlässliche Strategien. Die maximal dünne Wärmestrategie der Staatsregierung steht auf gerade einmal sieben Seiten. Sie ist die sieben Seiten nicht wert, auf denen sie steht.

Wir GRÜNE schlagen deshalb einen Wärmepakt 2040 vor. Wir haben acht Anträge eingereicht. Ich werde sie jetzt nicht im Detail vorstellen; aber konkret geht es vor allem darum, dass wir einen Ausbau der Wärmenetze fördern wollen. Hierzu gibt es schon ein Bundesförderprogramm. Da müssen wir noch etwas draufsatteln. Das geht. Wir wollen den Kommunen ermöglichen, dass sie stärkere Kommunalkredite aufnehmen. Wir wollen die LfA Förderbank Bayern stärken. Die dauerhafte Leistungsfähigkeit muss hier neu berechnet werden, damit wir die Fesseln von den Kommunen nehmen. Wir wollen einen Eigenkapitalfinanzierungsfonds. Das Geld ist da. Privates Geld ist vorhanden. Das wollen wir nutzen und in die Wärmewende stecken. Wir wollen Sanierungen ermöglichen. Wir wollen ein Förderprogramm auflegen, um die Gebäude zu dämmen. Solarthermie ist ein riesiger Bereich. Es macht doch keinen

Sinn, im Sommer, wenn die Sonne scheint, wenn ausreichend Wärme vorhanden ist, Freibäder bei uns noch mit Gas oder wertvollem Holz zu heizen, wenn die Sonne das gratis übernehmen kann. Vor allem sollen kein Mieter, keine Rentnerin mit kleiner Rente Angst haben, bei der Wärmewende vergessen zu werden. Deshalb brauchen wir den sozialen Ausgleich.

Ganz sicherlich brauchen wir nicht ein Zurück in die fossile Vergangenheit, wie es hier im Hause immer noch oft propagiert wird. Das brauchen wir definitiv nicht, liebe Kollegen und Kolleginnen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN. Ich bin hier nicht der Einzige, der davor warnt, das Gebäudeenergiegesetz jetzt wieder zurückzuführen. Wir brauchen dieses Gebäudeenergiegesetz. Wir brauchen dieses Fundament. Das ist das Herzstück der Wärmewende, und es macht jetzt keinen Sinn, dass Sie das aus ideologischen Gründen einstampfen. Warum? – Es macht keinen Sinn, weil es genau diejenigen am härtesten treffen würde, die wir schützen wollen.

Erst vor wenigen Tagen hat ein breites Bündnis aus Wirtschafts-, Sozial- und Umweltverbänden einen Appell an die künftige Bundesregierung für den Erhalt der Förderung nach dem Gebäudeenergiegesetz gerichtet; denn es schafft das Fundament dafür, dass Heizen bezahlbar bleibt. Genauso hat der Innungsmeister der Innung Heizungstechnik, Herr Zimmermann aus Oberbayern, vor sechs bis sieben Wochen in unserer Anhörung gesessen und ganz klar gesagt: Finger weg vom Gebäudeenergiegesetz! Die Wärmewende, die Heizungsförderung funktionieren. – Genauso hat der Paritätische Wohlfahrtsverband ganz klar gesagt: Wenn wir die gleiche Lenkungswirkung wie das Gebäudeenergiegesetz haben wollen, bräuchten wir einen CO<sub>2</sub>-Preis von 500 Euro. Dann würde Heizen zum Luxus, und das können wir alle nicht wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen geht es nicht nur um Paragraphen und um Technologien, sondern es geht auch darum, dass wir langfristig eine günstige und saubere Wärmeversorgung, ein warmes Zuhause, Klimafreundlichkeit, keine Abhän-

gigkeit von Autokraten wie Putin und Co. und günstige Heizkosten erreichen. Das geht zusammen. Unser Wärmepakt 2040 zeigt den Weg dorthin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Marina Jakob für die FREIEN WÄHLER vor.

**Marina Jakob (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Stümpfig, ich finde es besonders gut, dass Sie die Biogasanlagen und auch das oft daraus folgende Nahwärmenetz positiv hervorgehoben haben. Das ist wichtig und richtig und ein ganz wichtiger Baustein auch in der regionalen Wärmewende.

Jetzt frage ich mich schon: Warum hat es denn dann die Bundesregierung in den letzten drei Jahren nicht geschafft, für die Biogasanlagen, von denen viele in den nächsten ein bis zwei Jahren und auch in diesem Jahr schon auslaufen, ein Zukunftskonzept zu bieten, bei dem die Betreiber sagen: Ja, ich kann auch in den nächsten 20 Jahren grünen, nachhaltigen Strom mit meinem Wärmenetz zu Hause produzieren. – Viele kleine Biogasanlagen mit einem kleinen Nahwärmenetz werden aufhören müssen. Sie können diese Häuser in den nächsten Jahren nicht mehr zukunftssicher heizen. Da hat man auf Bundesebene das Potenzial der Biogasanlagen nicht erkannt.

Ich setze da jetzt sehr auf die neue Regierung, dass dort endlich Druck gemacht wird, um den vielen Biogasanlagen, die wir in Bayern haben, die dann Strom liefern können, wenn Wind- und Sonnenflaute herrscht, und die grundlastfähig sind, den weiteren Fortbestand zu sichern. Das ist der Ampel-Regierung nicht gelungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Dass Sie an der Ampel-Regierung kein gutes Haar lassen, das kennen wir schon; aber schauen Sie sich einmal den Beschluss an, der jetzt noch im Januar gefasst wurde. Da ging es fast um eine Verdopplung der Ausschreibungsmenge.

(Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Zu spät! Zu spät!)

Der Flexzuschlag wurde von 65 auf 100 Euro erhöht. Das sind zwei Punkte, von denen wir sagen: Damit kann man ganz gut wirtschaften. Jetzt geht es darum, dass man noch einmal genau hinschaut: Gibt es denn die Möglichkeiten? Inwieweit sind die Futtermittelpreise gestiegen? Kann man das wirklich machen? – Ich glaube, dass wir gerade die Möglichkeiten der Biogasanlagen fördern sollten, dass sie dann Strom erzeugen, wenn die Sonne schwächelt oder der Wind nicht weht. Wir haben uns darauf konzentriert, dass die Biogasanlage ihre Stärke ausspielt. Das ist jetzt gelungen. Natürlich kann man da noch einmal nachsteuern. Ich hoffe, dass die neue Bundesregierung das macht. Das ist sicherlich notwendig; die Ampel-Regierung hat da noch eine ganz gute Regelung auf den Weg gebracht. Wir kämpfen ebenfalls für den Erhalt der Biogasanlagen, wie sie sind. Sie sind ein ganz wichtiger Baustein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Stümpfig. – Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Mittag für die CSU-Fraktion.

**Martin Mittag (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein hochgezogenes Antragspaket, acht Anträge, die im federführenden Ausschuss und in den mitberatenden Ausschüssen detailliert und gut begründet abgelehnt worden sind: Wir werden – so viel kann ich schon vorweg sagen – auch heute wieder ablehnen.

Ich bin jetzt schon ein bisschen erschrocken. Der Kollege Stümpfig, der immer sehr gerne mit mir im Clinch liegt, spricht davon, dass wir sichere Wärme brauchen. – Ich gebe ihm da vollkommen recht. Das ist aber auch der Kollege Stümpfig von den GRÜNEN, dessen Gruppierung das Heizen mit Holz verbieten wollte.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): So ein Quatsch!)

Die Kollegin hat gerade schon gesagt, Sie wollen nur ganz, ganz wenig Biogasanlagen. Sie sprechen von Sicherheit und Geborgenheit. – Sicherheit und Geborgenheit sind der Angst vor einem Robert-Habeck'schen-Heizungsgesetz gewichen. Da wussten die Leute und wusste die Rentnerin, von der Sie gesprochen haben, nicht, wie man sich das alles leisten soll. Jetzt stellen Sie sich hin und sagen, Sie machen jetzt ein Antragspaket dazu, dass der Freistaat einfach einmal die Fehler aus Berlin bereinigen soll. – So einfach wird es nicht funktionieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Aufgaben, die Berlin gehabt hätte und im Bereich der Energiepolitik wirklich in desolater Weise nicht gelöst hat, sind von der neuen Bundesregierung jetzt definitiv nicht ideologisch, sondern wirklich für die Menschen zu lösen.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Wo haben Sie unter Merkel denn einmal irgendetwas gemacht?)

Sie waren und sind viel mehr in der Ideologie verhaftet als wahrscheinlich alle anderen Gruppierungen im demokratischen Bereich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, innerhalb dieses Antragspakets geht es einmal darum, dass die energetische Sanierungsquote verdreifacht werden soll. – Ja, ich finde das generell einen guten Ansatz.

Unter anderem steht auch noch drin, dass es Lösungen für begründete Härtefälle geben soll. – Diese Härtefälle entstehen, weil es von Berlin her nicht ausgegoren ist. Diese Härtefälle entstehen deswegen, weil es nicht genügend Fördermittel gibt. Jetzt ist es einmal wieder so, wie es oft ist: Die Lücken in der Förderung sollen die Länder schließen. – Natürlich ist es eine Möglichkeit, das so zu machen. Aber so kann es und so wird es nicht funktionieren.

Ein spannender Ansatz besteht auch darin, Mittel der Wasserstoffförderung einfach einmal für das Thema Solarthermie herzunehmen. – Natürlich passt auch das ins

GRÜNEN-Programm. Sie als GRÜNE – nicht wir; ich gehöre ganz sicher nicht dazu – sind ideologisch. Sie überlegen sich ein Thema, auf das Sie sich festlegen. Offenheit für einen Energie- und Wärmemix gibt es eigentlich nicht. Man sucht sich das heraus, was man selber gut findet; da wird alles möglich gemacht.

(Toni Schuberl (GRÜNE): So ein Unsinn!)

Es ist ein Wahnsinn, Geld aus der Wasserstoffförderung herauszunehmen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Es gibt 27 Kombinationsmöglichkeiten beim Heizungsgesetz!)

– Lieber Kollege Schuberl, Sie können sich doch später melden. Wir können gerne wieder einmal in den Clinch gehen. Aber lassen Sie doch Ihre komplett sinnfreien Zwischenrufe einfach weg. Geben Sie mir noch meine sechs Minuten, dann können Sie wieder rumpfupfern!

(Beifall bei der CSU)

Auf jeden Fall steht in dem Antragspaket auch, dass der Freistaat Bayern nicht für Solarthermie einstehe. – Auch das stimmt nicht, weil der Freistaat Bayern, wie ich es gerade schon gesagt habe, für einen Energiemix und eine Energieoffenheit und nicht für eine ideologische Festlegung einsteht.

Dann wird gefordert, einen großen Wärmegipfel zu machen. – Meine Damen und Herren, für einen Wärmegipfel mit allen Akteuren braucht es nicht die GRÜNEN. Ich glaube, im Freistaat Bayern ist der Austausch mit allen großen Akteuren so gut, wie ihn sich andere wahrscheinlich nur wünschen.

Genauso ist es verschüttete Milch und sinnlos, jetzt zu fordern, sich jetzt mit den kommunalen Spitzenverbänden auf einen Gesetzentwurf festzulegen. Es ist sinnlos, das jetzt zu tun, weil erst aus Berlin die notwendigen Änderungen kommen müssen und kommen werden.

Ein letzter Punkt, dann komme ich schon zum Schluss; ich brauche nicht die vollen neun Minuten: Kolleginnen und Kollegen, es ist eingebracht worden, der Freistaat Bayern solle sich für mehr Akzeptanz und Vertrauen einsetzen. – Was in Berlin ausgeschüttet worden ist, sollen jetzt wir lösen. Im Freistaat Bayern sind Akzeptanz und Vertrauen definitiv um Längen höher als während der ganzen letzten Jahre in Bezug auf Berlin. Dafür müssen wir vom Freistaat Bayern nichts tun. Aber es stimmt, dass wir uns das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wieder zurückholen müssen. Wir müssen ihnen weiterhin Sicherheit und Geborgenheit geben. Das sind die Punkte, die Berlin, wie Sie erklärt haben, vorgelebt habe; das ist aber nicht so. Wir werden das tun. Dafür braucht es aber weder ein Antragspaket der GRÜNEN noch grüne Energie- und Wärmepolitik, die es in Zukunft Gott sei Dank auch nicht mehr geben wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Eine Zwischenbemerkung von Herrn Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Kollege Mittag, wir haben hier gemeinsam die Anhörung zum Thema Wärmestrategie durchgeführt. Ich habe gerade schon den Innungsmeister Zimmermann zitiert, der gesagt hat: Finger weg vom Gebäudeenergiegesetz! Jetzt läuft's. – Ja, es gab Startschwierigkeiten. Aber was hat die Staatsregierung denn bisher im Wärmebereich gemacht? Die Wärmestrategie von Minister Aiwanger ist sieben Seiten stark. Dort steht nichts dazu drin, wie wir es schaffen, im Wärmebereich wirklich einmal voranzukommen. Die Bundesregierung hat es angepackt. Jetzt geht es darum – Sie sagen, dass man als Freistaat Bayern im Bereich der Wärme große Kompetenzen hat –, wirklich einmal voranzugehen.

Ich wollte Sie noch einmal etwas zum Punkt der dauerhaften Leistungsfähigkeit fragen. – Wenn die Kommunen jetzt wirklich einmal Geld dafür in die Hand nehmen wollen, ein Wärmenetz zu bauen, dann kostet das doch 10, 20, 30 Millionen Euro. Dann kommt aber sofort die kommunale Finanzaufsicht und sagt, das könnt ihr euch

gar nicht leisten, so viel Geld dürft ihr nicht aufnehmen. Einer der Anträge will das anders regeln und die Möglichkeiten der Kommunen erweitern.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Stümpfig, Ihre Redezeit.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Wir haben es bereits in den 1950er- und 1960er-Jahren so gemacht. Wollen Sie das tun?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Martin Mittag (CSU):** Ich gönne Ihnen noch Ihren Zwischenapplaus. – Erst einmal geht es hier wieder genau um das Thema, das ich gerade angesprochen hatte. Das war auch in der Anhörung zu hören. Für die Lösung ist Offenheit und nicht Festlegung das A und O.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das ist offen!)

Sie erzählen immer, Sie seien so viel im ländlichen Raum unterwegs und kennten sich da so gut aus.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wenn Sie das so genau wissen, dann wissen Sie, dass dieses Festlegen, wie Sie es in Ihrem Antragspaket tun, nicht die Lösung sein wird. Das ist Fakt eins.

Fakt zwei ist: Wenn diese ganzen Änderungen, die notwendig sind, aus Berlin noch kommen, dann kann man auch darauf aufsetzen.

Fakt drei ist: Sie haben das Geld und die Möglichkeiten der Kommunen angesprochen. Sie fordern, dass wir hier einfach Geld verteilen können und es egal ist, ob auf dauerhafte Leistung ausgelegt wird. – Wenn man sich ein bisschen mit kommunalem Haushalt auseinandersetzt, dann weiß man, dass das nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann. Geld auszugeben, ist für die GRÜNEN aber immer eine Möglichkeit.

(Lachen bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Ich glaube, man muss sich das gut überlegen. Das Geld, das Sie ansprechen, müssen jetzt wir in die Hand nehmen, weil Sie drei Jahre lang katastrophale Politik gemacht haben.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Danke schön, Herr Mittag. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Florian Köhler (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir beraten heute mehrere Anträge der GRÜNEN, die eher ein Wunsch-dir-Was als einen vernünftigen und verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler darstellen.

Im ersten Antrag fordern die GRÜNEN die Staatsregierung dazu auf, die energetische Sanierungsquote mindestens zu verdreifachen, um Bayern bis 2040 klimaneutral zu machen. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist kein Aprilscherz. Die GRÜNEN wollen das Häuslebauen in Bayern verteuern. Alles für die heilige Kuh der Klimaneutralität! Die Menschen sind Ihnen dabei völlig egal. Wer sich das – so schreiben Sie – erst einmal nicht leisten kann, für den wird ein eigenes Förderprogramm aufgesetzt.

Nachdem Sie das Bauen und Wohnen erst einmal teuer gemacht haben – Bauen kann sich heutzutage vor lauter Vorschriften eh schon keiner mehr leisten –, soll der Staat jetzt auch noch ein Förderprogramm aufsetzen. Das wird das Bauen nicht billiger machen.

Ich weiß nicht, ob Sie es schon wussten: Auch Fördergelder sind Steuergelder. Auch sie müssen erst einmal erwirtschaftet werden. Dieses Steuergeld erwirtschaftet nicht die grüne Verbandswirtschaft, von der Sie die Forderungen übernommen haben, sondern die Kassiererin im Einkaufsmarkt; sie kann sich schon lange kein eigenes Haus mehr leisten.

(Beifall bei der AfD)

Sie braucht mehr Netto vom Brutto, aber garantiert keine Förderprogramme, egal für was es ist. Sie braucht sie weder für die geforderte energetische Sanierung von Mietshäusern noch für den Bau von Solarthermieanlagen.

Alles soll gefördert werden. Ihre Wirtschaftspolitik besteht darin, Steuergeld über Fördertöpfe hinauszuhauen. Es hat noch nie funktioniert, das Land mit Fördergeldern zuzuschütten. Sie wollen den Markt austricksen. Sie wollten das schon bei der E-Mobilität; da sind Sie kläglich gescheitert.

Ein richtiger Knaller ist der Antrag "Wärmepakt 2040: Das Geld ist da – es muss nur aktiviert werden". So steht es da.

(Heiterkeit bei der AfD)

Der Titel erinnert mich an "Man wird nicht insolvent, man produziert nur nichts mehr". Ich habe mir dann die Frage gestellt, ob diesen Titel Robert Habeck ausgesucht hat oder ob Sie in der letzten Zeit zu oft im Paulaner-Garten waren. Sie stellen hier im Landtag nämlich schon richtige Paulaner-Anträge.

Hören Sie sich einmal in der Wirtschaft um. Da ist nichts mehr da. Da will auch keiner mehr freiwillig in Ihre grüne Schrottinfrastuktur investieren. Das kann und will sich keiner mehr leisten.

Jetzt suchen Sie nach Mitteln und Wegen. Sie schreiben in der Begründung Ihres Antrags auf Drucksache 19/3880:

"Durch einen Eigenkapitalfinanzierungsfonds kann privates Investitionsvermögen, das in Bayern ausreichend vorhanden ist, in die richtige Richtung gelenkt werden."

Anmerkung: Natürlich entscheidet ein GRÜNER, was richtig und falsch ist; Fakten und Wirtschaftlichkeit oder Vernunft der Bürger entscheiden nicht mehr. Sie schreiben weiter:

"Der Staat soll dabei durch staatliche Ausfallbürgschaften garantieren, dass die strengen Anlagebedingungen institutioneller Anleger erfüllt werden."

Der Staat soll also für das grüne Glücksspiel aufkommen, wenn Ihre Experimente aus dem Elfenbeinturm am Markt scheitern, wie immer auf Steuerzahlerkosten. Deswegen funktioniert grüne Wirtschaftspolitik nicht.

(Beifall bei der AfD)

Was wäre ein grüner Antrag ohne grüne Lobby- und Klientelpolitik? – In einem weiteren Antrag wollen Sie alle Expertinnen und Experten an einen Tisch holen und ein breites Bündnis von intellektuellen Schmalhanseln

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

aus verschiedenen grünen Thinktanks schmieden, die zwar viel Meinung, aber wenig Ahnung haben. Diese Thinktanks finanzieren sich ebenso hauptsächlich aus dem Steuerzahlersäckel. Sie tragen aber zur Wertschöpfung im Gegensatz zur Bäckereifachverkäuferin oder dem Maurer nichts bei.

Sie haben keine Ahnung von Angebot und Nachfrage und verstehen fundamentale Marktprinzipien nicht. Gäbe es Gerechtigkeit in diesem Land, dann würde nicht das grüne Vorfeld und der parlamentarische Arm der GRÜNEN über das Leben der Bürger entscheiden. Gerechtigkeit wäre es, wenn es hieße: Herr Stümpfig, bitte an Kasse 2. Das würde nicht schaden.

(Beifall bei der AfD)

Auch Ihre Idee, über die Landesagentur für Energie und Klimaschutz Sanierungscoaches zu koordinieren, ist abzulehnen. Diese Landesagentur gehört geschlossen, und ihre Mitarbeiter gehören gefeuert. Das spart schon mal Steuern.

(Zuruf der Abgeordneten Stephanie Schuhknecht (GRÜNE))

Um ein Haus zu sanieren, braucht es Tatkraft und Macher; aber garantiert kein Coaching. Sie brauchen das vielleicht schon; mir dagegen hat es mein Vater gezeigt.

Die GRÜNEN fordern von der Staatsregierung obendrein ein Landeswärmeplanungsgesetz. Die Union wird sich wie immer dafür hergeben. Sie wird sich dafür bücken. Mich wundert, dass Sie noch keinen Bandscheibenvorfall haben, so oft, wie Sie sich für die GRÜNEN und die SPD gebückt haben. Es sei noch daran erinnert: Atomausstieg, Nord Stream, Fracking-Verbot, Kohleausstieg, Gasförderverbote und die gescheiterte Energiewende – das sind alles grüne Projekte. Der historische Fehler der Energieabhängigkeit ist durch und durch grün. Wir dürfen uns auch nichts einreden lassen: Die CSU hat bei allem mitgemacht und die Steigbügel gehalten. Ich warte schon auf den Gesetzentwurf, der wahrscheinlich dann von der Regierungsbank kommt. Wir lehnen Ihre Anträge ab.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Der nächste Redner ist der Kollege Josef Lausch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Josef Lausch (FREIE WÄHLER):** Hochverehrtes Präsidium, sehr verehrter stellvertretender Ministerpräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Stümpfig, jetzt bin ich doch ein bisschen überrascht bzw. enttäuscht: Wenn Sie schon acht Anträge stellen, dann hätte ich erwartet, dass Sie auch zur Sache sprechen. Sie haben aber eine Rede gehalten, die nicht über Allgemeinplätze hinausgegangen ist.

Das ist ja auch klar, weil die acht Anträge schon im Wirtschaftsausschuss hinreichend zerlegt wurden – der Kollege Mittag hat das schon gesagt.

Anders als von den GRÜNEN unterstellt, sind wir in Bayern, die Bayerische Staatsregierung, der bayerische Wirtschaftsminister samt Staatssekretär, täglich an der Front der erneuerbaren Energien, um Bayern unabhängig vom teuren Import fossiler Energieträger zu machen und um die heimische und regionale Wertschöpfung zu unterstützen. Die Bayerische Staatsregierung macht das kraftvoll und vor allem pragmatisch – ganz im Gegensatz zur Ideologie der GRÜNEN. Bayern hat im Unterschied zu vielen anderen Bundesländern mit grüner Regierungsbeteiligung eine Wärmestrategie vorgelegt, zum Beispiel bevor Rheinland-Pfalz das getan hat. Wenn Sie kritisieren, sie wäre dünn, dann spricht das auch wieder für die grüne Regulierungswut. Wahrscheinlich wäre Ihnen ein Dokument mit 700 Seiten und Hunderten von Paragraphen lieber. So viel zum Bürokratieabbau.

Alles, was pragmatisch zu machen ist, machen wir. Bayern macht viel. Die Lücken, die der Bund insbesondere in den letzten drei Jahren der Ampel-Regierung offen gelassen hat, schließen wir mit bayerischem Steuergeld, obwohl viel bayerisches Steuergeld über den Länderfinanzausgleich nach Berlin und in andere Bundesländer transferiert wird. Dieses Thema werden wir in den nächsten Jahren immer wieder bespielen. Ich zitiere einen bayerischen Landespolitiker: Wir sind solidarisch, aber nicht blöd.

Zum Thema der acht Anträge. Ich glaube immer an das Gute im Menschen. Ich glaube, Sie haben es mit Ihren Anträgen gut gemeint. Aber acht Anträge in einer einzigen Ausschusssitzung bzw. in einer einzigen Plenarsitzung zu nahezu deckungsgleichen Themen riechen für mich nach grünem Aktivismus. Das hat zur Folge, dass man im Detail zu diesen Komplexen, zu dieser wichtigen Thematik gar nicht mehr diskutieren und normal reden kann. Ich hätte eigentlich zu jedem Thema und jedem Antrag ein bis zwei Sätze sagen können. Ich spare mir das jetzt aber. Wenn der Antragsteller schon nicht zum Thema spricht, dann muss ich es auch nicht tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ihre ganzen Forderungen wirken für mich ein bisschen ironisch, weil die Ampel-Regierung schon bei der ganzen Thematik Holzheizen usw. für massive Unsicherheit bei der Bevölkerung gesorgt hat. Ob das zu Recht oder zu Unrecht geschehen ist, weiß ich nicht; aber allein schon die mangelnde und fehlerhafte Kommunikation des Bundeswirtschaftsministeriums ist als verwerflich und grob fehlerhaft zu bezeichnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Dieses Feuerwerk an Anträgen möchte ich als Bettvorleger bezeichnen. Dieses Feuerwerk hat einfach nicht gezündet. Sie fordern viel Geld und Doppelstrukturen. Es gibt viele ungeklärte Rechtsfragen. Insgesamt hätte es wenig Wirkung.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

In Bayern macht sich die Staatsregierung weiterhin pragmatisch an die Arbeit. Der Begriff "Heimatenergie" gefällt mir ausgezeichnet. Er trifft besonders auch bei der Wärme. Wir machen uns pragmatisch daran. Hoffen wir aber auch, dass in diesem ganzen Energiebereich während der kommenden Legislaturperiode des Bundestages mehr Unterstützung von der Bundesregierung kommt als in der letzten. Wir werden streng darauf achten, was im Koalitionsvertrag stehen wird. Die Bringschuld ist bei der Energiepolitik hoch. Das ist extrem wichtig. Wir FREIEN WÄHLER werden die Union und die SPD in der Bundespolitik kritisch begleiten.

(Anna Rasehorn (SPD): Wie denn "begleiten"?)

Wir werden die Entscheidungen verfolgen. Dessen dürfen Sie versichert sein. Es gibt im Kleinen wie im Großen noch Fragen, zum Beispiel zum bidirektionalen Laden. Diese Themen gehören gepusht. Deswegen sind heute alle acht Anträge abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Martin Stümpfig von den GRÜNEN das Wort.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Lieber Kollege Lausch, du musst dir unsere Anträge nicht vors Bett oder unters Kopfkissen legen. Ich werde in Zukunft schauen, dass wir unsere Vorschläge in kleineren Portionen in den Ausschuss geben, wenn wir damit mehr Aussicht auf Erfolg haben.

Es geht in der Sache darum: Es gibt einiges zu tun. Wir haben eine Anhörung zur Wärmestrategie durchgeführt. Ich habe sie in meiner Rede schon erwähnt. Es gab keinen – ob das der Verband kommunaler Unternehmen, der Gemeindetag oder der Städtetag war –, der die Wärmestrategie von Herrn Aiwanger gelobt hat, weil sie maximal dünn ist. Die Hälfte der Zeit beschäftigt man sich damit, etwas abzulehnen, was von der EU kommt. Aber außer bei Holz und bei Wasserstoff sind keine eigenen Vorschläge drin. Das kann es doch nicht sein!

Man kann zum Beispiel sagen: Alle Experten an einen Tisch. Das hat Baden-Württemberg so gemacht. Sie haben einen Wärmegipfel durchgeführt und haben die Innungen, die Genossenschaftsverbände, die einzelnen Bereiche und die Architektenkammer usw. mit an den Tisch geholt. Dann haben sie aus diesen Vorschlägen etwas entwickelt. Wo hat das denn die Bayerische Staatsregierung gemacht? Das sind doch die drängenden Fragen. Wo packt die Bayerische Staatsregierung bei der Wärmewende an?

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

**Josef Lausch (FREIE WÄHLER):** Erstens. Wenn ich mir Ihre acht Anträge vors Bett legen würde, dann müsste ich einen Reim Heinrich Heines heranziehen und abändern: Denk ich an die GRÜNEN in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Mir wird dann nämlich angst und bange um Bayern, wenn ich mir vorstelle, dass Sie in Bayern etwas zu sagen hätten.

Ich darf Ihnen versichern: Wir sind an der Wärmestrategie dran. Auch wenn die Wärmestrategie auch nur 100 oder 200 Seiten dick wäre und in ihr so wenig Sinnvolles drinstünde, wie das, was der Wirtschaftsminister Habeck geliefert hat, dann wäre es reine Papierverschwendung. Wir bleiben dran. Dessen können Sie versichert sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Florian von Brunn.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Das war jetzt wirklich keine Sternstunde des Parlaments. Die GRÜNEN stellen acht Anträge. Die kann man sicherlich sachlich beurteilen; aber dann nur GRÜNEN-Bashing zu machen und sich selbst zu loben, das, glaube ich, lässt die Zuschauerinnen und Zuschauer doch etwas ratlos zurück. Herr Lausch, Ihnen empfehle ich: Lesen Sie einfach einmal das Gedicht von Heinrich Heine. Damit ist schon Herr Chrupalla auf die Nase gefallen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es sehr wichtig, dass wir uns darüber Gedanken machen, wie wir den Klimaschutz auch im Wärmebereich voranbringen. Bei der Wärmeplanung sind die Kommunen nämlich schon darauf angewiesen, dass der Freistaat unterstützt. Bei den Wärmenetzen sagen die Stadtwerke, auch potentere Unternehmen: Wir brauchen ziemlich viel Geld und ziemlich viel Förderung. Da muss man natürlich einmal schauen. Aus meiner Sicht ist erst einmal der Bund in der Pflicht; aber warum nicht auch der Freistaat Bayern? – Solarthermie zusätzlich zu fördern, ist tatsächlich vernünftig.

Ich muss schon beipflichten: Vonseiten der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der Staatsregierung kommt immer relativ wenig. Lieber Herr Aiwanger, es kommt immer Holz, Biogas und Wasserstoff, obwohl alle Expertinnen und Experten sagen: Wir werden Wasserstoff nicht im Heizungskeller haben. – Sie sind, glaube ich, der Einzige, der das noch glaubt.

(Widerspruch des Staatsministers Hubert Aiwanger)

Bei aller Sympathie sagen, wir: Wir brauchen vor allem einfache Regelungen und einfache Förderungen. Wir müssen den Bund in die Pflicht nehmen. Wir müssen ein bisschen aufpassen, dass es nicht zu bürokratisch wird. Lieber Martin Stümpfig, ich muss ganz ehrlich sagen: Wir haben etwas Bedenken bei den energetischen Sanierungen, weil wir jetzt wahrscheinlich relativ viele Projekte im Baubereich auf den Weg bringen. Wir hatten bisher schon eine sehr, sehr niedrige Sanierungsquote, weil die Kapazitäten gefehlt haben.

Ich finde ganz gut, dass ihr eine Unterstützung für Mieterinnen und Mieter eingebaut habt. Nichtsdestoweniger haben wir Zweifel, ob die energetische Sanierung der richtige Weg ist oder ob man primär dafür sorgen muss, dass die Wärme klimaneutral erzeugt wird. Wir werden den meisten Anträgen zustimmen. Bei einigen werden wir uns enthalten; aber ich will jetzt einmal als Fazit sagen: Immerhin wird hier etwas Substantielles vorgelegt und nicht bloß geschimpft. Im Ganzen wird das von uns positiv bewertet. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Bevor ich zur Abstimmung komme, möchte ich mir bezüglich der Wortmeldung des Kollegen Florian Köhler von der AfD-Fraktion eine Ordnungsmaßnahme vorbehalten.

Was Sie im Zusammenhang mit dem Bücken formuliert haben, werde ich mir im Protokoll noch einmal genauer ansehen.

(Lachen bei der AfD)

Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über die Anträge gemeinsam abgestimmt werden soll. Zugrunde gelegt wird das jeweilige Votum im federführenden Ausschuss. Die jeweils federführenden Ausschüsse empfehlen alle acht Anträge zur Ablehnung.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Das heißt, die acht Anträge sind abgelehnt.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, darf ich die Ergebnisse der vorher durchgeführten Wahlen bekannt geben, zunächst das Ergebnis der Wahl einer Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 4. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 169 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren 0 Stimmen. Auf Frau Abgeordnete Elena Roon entfielen 27 Ja-Stimmen und 141 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten hat sich 1 Abgeordneter. Damit hat Frau Abgeordnete Elena Roon nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Der Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 5, bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An dieser Wahl haben 165 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren 0 Stimmen. Auf Herrn Abgeordneten Ralf Stadler entfielen 25 Ja-Stimmen und 139 Nein-Stimmen. 1 Abgeordneter hat sich der

Stimme enthalten. Damit hat Herr Abgeordneter Ralf Stadler nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht und der Tagesordnungspunkt 5 ist erledigt.

Bevor wir fortfahren, gebe ich noch das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums, Tagesordnungspunkt 6, bekannt. Nach Artikel 2 des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint. An der Wahl haben 168 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren 0 Stimmen. Auf Herrn Abgeordneten Matthias Vogler entfielen 26 Ja-Stimmen und 139 Nein-Stimmen. Enthalten haben sich 3 Abgeordnete. Ich stelle fest, dass Herr Matthias Vogler nicht zum Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt worden ist. Der Tagesordnungspunkt 6 ist damit erledigt.